Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal — **Amtliches Verordnungsblatt**

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 8.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie" 12.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Petit, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pfg., die Reklamezeile (Petit, 90 mm breit) oder deren Raum 3 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 123. Steinheim, Dienstag, den 15. November 1921. 28. Jahrgang.

Die neueste Parole.

Abrüstung — der einzige Weg zur Sicherheit.

Der englische Premierminister Lloyd George gefällt sich abwechselnd in der Rolle des Optimisten und der des Schwarzsehers, je nachdem es die — englische Politik erfordert. In frischer Erinnerung sind noch seine Unterhausreden über die drohende Weltwirtschaftskrise, über die unheilvollen Valutaschwankungen und ähnliche Erscheinungen des heutigen Wirtschaftslebens. Neuerdings sieht er die Dinge wieder von einem ganz anderen Gesichtspunkte an. In seiner Rede beim Guildhall Bankett aus Anlaß der Einführung des neuen Lordmayors (Londoner Oberbürgermeisters) führte Lloyd George ungefähr aus:

„Obwohl der Himmel noch trübe ist, glaube ich, daß das Schlimmste der wirtschaftlichen Krisis vorüber ist und eine Besserung kommt. Die Geschäftsstille, die plötzlich nach dem Kriege alle Länder ergriff, ist im Schwinden begriffen. Die Grundlagen des Kredites Großbritanniens blieben fest und unversehrt. Wir stürzten uns niemals in die törichte Inflationspolitik, aber selbst diejenigen, welche dies taten, werden darüber hinwegkommen, weil der Wohlstand eines arbeitsamen Volkes immer am Leben bleiben wird. Die britische Ausfuhr im Oktober war die beste seit März. An dem trüben Himmel erscheint die Washingtoner Konferenz wie ein Regenbogen. Sie kam nicht zu früh; denn kaum waren wir aus den europäischen Wirren und Streitigkeiten heraus, als die Länder neue Kriegsmaschinen anzuhäufen begannen, die hundertmal zerstörender sein werden. Die Abrüstung ist der einzige Weg zur Sicherheit. Auf der Washingtoner Konferenz handelt es sich um die Zukunft der Zivilisation, deshalb bete ich für ihren Erfolg."

Inbezug auf Irland erklärte der englische Ministerpräsident, er habe das irische Volk eingeladen als gleichberechtigte Nation in die freie Vereinigung der Völker des britischen Reiches einzutreten. Die Fehler, die gemacht worden seien, könnten nicht alle einer Partei zugerechnet werden. Jede der drei auf der Konferenz vertretenen Parteien habe vorgefaßte Meinungen. Ohne solche vorgefaßten Meinungen sei eine Nation nicht viel wert. Jede der drei Parteien werde Konzessionen machen müssen. Wenn jede auf der Konferenz mit dem Entschluß erscheine, sich nicht zu beugen, so könne das nicht zum Frieden führen. Dann aber würde die Last des Landes sehr groß werden, denn die britischen Streitkräfte würden verdoppelt (!) werden müssen.

*

Die Rede Lloyd Georges ist voller Widersprüche. Einmal posaunt er als neueste Parole in die Welt, Abrüstung sei der einzige Weg zur Sicherheit, wenige Augenblicke darauf droht er den Sinnfeinern mit einer Verdoppelung der Rüstungen, wenn sie sich seinem Willen nicht beugen. Echt englische Politik! —

Die Industrie-Bedingungen.

Die Kritik der Parteien.

Die Bedingungen der Industrie für die Kredithilfe haben im Inland sehr scharfe Kritik erfahren. Besonders die geplante Entstaatlichung der Eisenbahnen stößt bei den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften auf schärfsten Widerstand. Die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen erklären die Industriebedingungen für völlig unannehmbar und kündigen die schärfsten innerpolitischen Folgen an, wenn die bürgerlichen Mittelparteien auf die Bedingungen der Industrie eingehen sollten. Welcher Art die Drohungen sind, geht aus einem Artikel des „Vorwärts" hervor, in dem erklärt wird, daß, wenn die Kredithilfe durch die Ablehnung der Voraussetzungen zunichte werden sollte, man an die Erfassung der Sachwerte sowohl durch Reichsbeteiligung an den Produktionsertrag wie durch die Sozialisierung der Bodenschätze gehen müsse, wie es schon die Reichsverfassung vorsieht.

Auch in den Kreisen des Zentrums bestehen große Bedenken gegen den Plan der Industriellen. Das dem Reichskanzler nahestehende führende Zentrumsorgan Norddeutschlands, die „Germania", erklärt, er halte die Ueberführung der Staatsbetriebe oder auch nur der gesamten Verkehrsmittel in die Privatwirtschaft für eine Unmöglichkeit. Es gelte wieder den Kern der ganzen Frage herauszuschälen, nämlich die Bereitwilligkeit der Industrie zu einer Kreditaktion für das Reich auf Grundlage ihrer Vermögenssubstanz. Ferner hat der augenblicklich in Bremen tagende demokratische Beamtenausschuß einmütig gegen die Pläne einer Entstaatlichung der Eisenbahn, wie sie in dem Kreditangebot der Industrie zur Bedingung gemacht wird, Stellung genommen.

Einspruch des Garantiekomitees.

Wie ein Berliner Mittagsblatt von unterrichteter Seite erfährt, ist auch das interalliierte Garantiekomitee — der in Berlin ständig ansässige Unterausschuß der Reparationskommission — zu dem Beschluß gekommen, daß das von der Industrie entwickelte Programm für die Entente unannehmbar sei. Die Ueberführung der Reichseisenbahnen in Privathände sei nach dem Friedensvertrag ohne Zustimmung der Entente nicht möglich und stelle sich für die Alliierten als ein Versuch dar, die pfändbaren Sicherheitsobjekte des Reiches zu vermindern. Sollte diese Forderung der Industrie erfüllt werden, so müßte die Reparationskommission mit eigenem Zugriff nach den Reichseisenbahnen diesem Versuch zuvorkommen. Dieser Beschluß soll sofort in schriftlicher Ausfertigung zur Kenntnis der Reichsregierung gebracht werden.

Gegen den Kartoffelwucher.

Die Teuerungsinterpellationen im Reichstag.

Die in weiten Kreisen der Bevölkerung herrschende Erregung über die schamlose Preistreiberei im Kartoffelhandel, durch die die Teuerung zum Schaden der Minderbemittelten bis ins Unerträgliche gesteigert wird, fand im Reichstag ihren Widerhall in einer ganzen Reihe von Interpellationen und Anträgen. Auf allen Seiten wurden bewegliche Klagen über die ungeheure Teuerung laut, aber über ihre Ursachen und die Mittel zur Abhilfe gingen die Meinungen weit auseinander. Die Rechte trat für völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft ein, während die sozialdemokratischen Parteien sie wieder erweitern wollen.

Reichsernährungsminister Dr. Hermes hatte demgegenüber einen schweren Stand. Er wandte sich sowohl gegen die Forderungen der Deutschnationalen, wie gegen die der Linken, weil er der Ansicht ist, daß die Teuerung ihre Ursache nicht in der Zwangswirtschaft und nicht im freien Handel hat, sondern in dem Sturz der Mark, in der Entwertung unseres Geldes.

Das Umlageverfahren, das von den Landwirten vielfach als Ungerechtigkeit empfunden wird, kann, wie der Minister weiter erklärte, noch nicht entbehrt werden. Der Weltmarktpreis für die noch immer unentbehrliche Einfuhr habe nur unter dem Sinken der Valuta plötzlich die Verschärfung erfahren. Von einer neuen Zwangswirtschaft der Landwirtschaft oder der Kartelle könne keine Rede sein, höchstens von einer Zwangswirtschaft der Valuta. Das Reich wird im Interesse der Rentenempfänger und der Witwen eingreifen und zunächst 250 Millionen für die öffentliche Wohlfahrtspflege aussetzen, ebenso für die Kleinrentner sorgen und auch der Beamten gedenken, wie das in der Besoldungsvorlage geschehen ist. Grundlegende Abhilfe kann aber nur durch die Hebung der Mark oder wenigstens durch die Erhaltung des jetzigen Standes gegeben werden.

Die preußische Staatsregierung droht mit Zwangsmaßnahmen.

Zur Bekämpfung der Preistreiberei im Kartoffelhandel teilt ein Runderlaß des preußischen Staatskommissars für Volksernährung mit, daß die Strafverfolgungsbehörden erneut angewiesen worden sind, darauf hinzuwirken, daß in den Fällen, in denen von Landwirten oder Händlern der Preis in einer Weise gesteigert wird, der den Gestehungskosten und der Marktlage in keiner Weise entspricht, unbedingt Bestrafung eintritt. Ueber die Angemessenheit des geforderten Preises wird vor Einleitung eines Strafverfahrens das Gutachten eines zuverlässigen Sachverständigen zu Rate zu ziehen sein.

Die Bemühungen, durch ein Zusammenarbeiten der Verbraucher- und Erzeuger-Organisationen eine Besserung in der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln herbeizuführen, sind mit Nachdruck fortzusetzen. Hierbei wird der Landwirtschaft und ihren Vertretern kein Zweifel darüber zu lassen sein, daß, wenn es nicht gelingt, eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung zu erträglichen Preisen herbeizuführen, es notwendig werden wird, erneut zu Zwangsmaßnahmen zu greifen. In diesem Sinne hat die Konferenz der Ernährungsminister beschlossen, daß für den Fall, daß dringende Notstände in der Kartoffelversorgung eintreten sollten, seitens des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft eine Bestandsaufnahme zwecks Vorbereitung weiterer gesetzlicher Maßnahmen für die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung vorzunehmen ist.

Bezugnehmend auf diesen Runderlaß hat gleichzeitig der preußische Justizminister an sämtliche Generalstaatsanwälte und Oberstaatsanwälte eine Verfügung ergehen lassen. Der Justizminister ordnet an, daß, soweit nach dem Runderlaß ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft gegen Preistreiberei in Frage kommt, zu einem energischen und schnellen Vorgehen geschritten werden soll.

Auch die Post wird teurer.

Die geplante Verteuerung noch um 50 v. H. erhöht.

Infolge der durch die steigende Teuerung notwendig gewordenen beträchtlichen Erhöhung der Beamtenbesoldungen, der Löhne der Arbeiter und der Angestellten und der Materialkosten hat sich die Reichspostverwaltung nach dem Beispiel des Reichsverkehrsministeriums entschlossen, die vor einem Monat vom Verkehrsbeirat vereinbarten Gebührensätze — die z. B. für einen Brief im Fernverkehr eine Mark Gebühr vorsahen — im allgemeinen noch um weitere 50 v. H. zu erhöhen, so daß die jetzigen geltenden Sätze ungefähr verdoppelt werden.

Nach der neuen Vorlage beträgt die Gebühr für

die Postkarte im Ortsverkehr 60 Pf., im Fernverkehr 1 M.

den Brief im Ortsverkehr bis 2 Gramm 1 M., bis 250 Gramm 1,50 M.

den Brief im Fernverkehr bis 20 Gramm 1,50 M., bis 100 Gramm 2,25 M., bis 250 Gramm 3 M.

Drucksachen bis 50 Gramm 40 Pf., bis 100 Gramm 75 Pf., bis 250 Gramm 1,50 M. usw.

Päckchen bis 1 Kilogramm soll künftig 4 M. kosten.

Postanweisungen bis 100 M. 1,50 M., bis 250 M. 2,25 M. usw. bis 6 M.

Sehr stark sind auch die Nebengebühren erhöht worden; **Eilboten** kosten im Ortsbestellbezirk 3 M. Die **Einschreibgebühr** beträgt 2 M., die **Zuschlaggebühr für postlagernde Sendungen** 50 Pf.

Im **Postscheckverkehr** kosten Zahlkarten bis 100 Mark 75 Pf., bis 500 M. 1,50 M., bis 1000 M. 2 M. usw.

Telegramme kosten 75 Pf. das Wort, mindestens 7,50 Mark für ein Telegramm.

Diese überraschende Erhöhung, die von der Reichsregierung beschlossen ist, bedarf noch der Zustimmung des Reichstages, der jedoch an dem Beschluß der Reichsregierung kaum Wesentliches ändern wird.

Politische Rundschau.

— Berlin, 14. November 1921.

— Der Reichstag hat sich wegen des demokratischen Parteitages und des Bußtages auf den 17. November vertagt.

— Der bisherige Staatssekretär im Reichsministerium des Innern Lewald ist in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Zu seinem Nachfolger wurde der Ministerialdirektor Frhr. v. Welser ernannt.

— Der Ministerialdirektor v. Simson ist als Nachfolger des zum Gesandten in China ernannten Staatssekretärs Boye zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt worden.

— Am 29. November findet eine Vollsitzung des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft statt, die sich mit der Frage der Kreditaktion und Produktionssteigerung zu beschäftigen hat.

:: **Gegen die Entstaatlichung der Reichseisenbahnen.** Im Unterausschuß des Verkehrsausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates fand eine eingehende Aussprache über den vom Reichsverband der deutschen Industrie gefaßten Beschluß, die Reichseisenbahnen zu entstaatlichen, statt. In dieser Aussprache wurde von allen Ausschußmitgliedern einstimmig und mit größter Bestimmtheit der Standpunkt vertreten, daß eine Ueberführung der Reichseisenbahnen in den Besitz des Privatkapitals mit den Interessen der deutschen Volkswirtschaft und des Bestandes des Deutschen Reiches für unvereinbar und darum für wirtschaftlich und politisch verhängnisvoll zu erachten sei. — Als Richtlinie für die Prüfungen der Tariffrage stellt der Verkehrsausschuß den Grundsatz auf, daß seitens der Eisenbahnverwaltung für die Zukunft die Anpassung der Einnahmen an die Selbstkostensteigerung wesentlich schneller und vollständig durchgeführt wird.

:: **Eine Kundgebung der Arbeiterschaft der Deutschen Werke.** In der letzten Reichstagssitzung wurde ein Telegramm des Zentralbetriebsrats der Deutschen Werke in Spandau verlesen, in dem dieser gegen die Behauptung des Abg. Malzahn (Komm.), daß in den Spandauer Werken Kriegswaffen und Munition hergestellt werden, als der Wahrheit widersprechend Einspruch erhebt. In dem Werke werden weder Kriegswaffen noch Kriegsmunition angefertigt. Der Zentralbetriebsrat und die Vorsitzenden der Betriebsräte protestieren einstimmig (mit Einschluß der Kommunisten) entschieden gegen die entstellende und die Arbeiterschaft schädigende Darstellung. — Diese Kundgebung der Arbeiterschaft der Deutschen Werke zeigt aufs neue, daß alle schaffenden Kreise des deutschen Volkes ohne Unterschied der Partei einmütig zusammenstehen in der Verurteilung der Ententemaßnahmen gegen die Deutschen Werke.

Friede mit Amerika.

— **Berlin**, 11. November. Heute nachmittag wurden in der Reichskanzlei die Ratifikationsurkunden über den Friedensvertrag zwischen Amerika und Deutschland ausgetauscht. Damit ist der Friedenszustand wiederhergestellt

Vertrauensvotum für Lloyd George.

— **London**, 11. November. Das englische Unterhaus und das Oberhaus haben sich bis zum 30. Januar vertagt. Vorher wurde der Regierung ein überwältigendes Vertrauensvotum für die Fortführung und den Abschluß der Verhandlungen mit den Sinnfeinern ausgesprochen. Weiter hat die Regierung eine starke parlamentarische Billigung des Regierungsprogramms für die Washingtoner Konferenz erhalten.

Das Washingtoner Programm.

— **Paris**, 11. November. Aus der Geschäftsordnung der Washingtoner Konferenz ist ersichtlich, daß die amerikanisch-japanischen Beziehungen an erster Stelle stehen und die Frage der Abrüstung nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Die Besetzungskosten.

Der Oberste Rat hatte einen Ausschuß eingesetzt, der über die Herabsetzung der Besetzungs- und Unterhaltungskosten der Zivilverwaltungen im besetzten Gebiet beraten sollte. Die Summen waren nämlich nachgerade so unerschwinglich geworden, daß es selbst den an Zahlungssummen für Deutschland doch ziemlich gewöhnten Staatsmännern auf der Gegenseite etwas eigen ums Herz wurde. Man sagte sich wohl, daß man mit solch ungeheuren Summen der Welt nicht länger ein etwas eigenartiges Zeugnis von der im Verband üblichen Wiederaufbaupolitik geben dürfe. Darum trat der Ausschuß in Paris zusammen, beriet, beriet wochenlang und kam zu dem Ergebnis, das man erwarten durfte, nämlich zu gar keinem. Bei den Milliardenzahlen glaubt man 22 Millionen einsparen zu können. Darüber hinaus ist man zu keinem endgültigen Beschluß gekommen, man hat darum, wie es in einer Havasmeldung hieß, ein Programm aufgestellt, das dem Obersten Rat zur Annahme empfohlen wird, in dem zwar praktische Vorschläge kaum gemacht werden, aber betont wird, daß etwas geschehen müsse, wenn man sparen wolle. Jedenfalls scheint das der dunklen Weisheit Schluß zu sein, denn man ist offenbar am Ende so klug wie zuvor. Die Widerstände sind stärker gewesen als der gute Wille, den diese oder jene Verbandsmacht haben mag. Daß man den weiblichen Anhang des Besatzungsheeres, seien es Familienangehörige oder Angestellte, einschränken will, wurde vor Wochen einmal bemerkt, heute hört man davon vorerst nichts mehr, obwohl gerade die Frauen die Unterbringung der Mannschaften und Offiziere erst recht kostspielig gestalten und das Reich veranlaßt haben, ungezählte Millionen für Wohnungsbauten auszugeben, die dabei nicht einmal entfernt ausreichen.

Man hat überhaupt das Gefühl, daß der Ausschuß zur Herabsetzung der Besetzungskosten gut daran getan hätte, sich einmal an Ort und Stelle gründlich zu unterrichten. Dann würde er die Wahrnehmung gemacht haben, daß für Vergnügungs- und Unterhaltungszwecke denn doch im besetzten Gebiet so viele Gasthöfe, Häuser, Theater und Säle beschlagnahmt wurden, daß sie durch ihre Leere anzukünden scheinen, wie wenig sie im Grunde alle in solcher Zahl notwendig sind. Hier könnte vieles gespart werden, wie es überhaupt unverständlich ist, daß die Besatzungstruppen in der Währung ihres Landes ausgelöhnt werden anstatt in Reichsmark in einer Höhe, die den wirklichen Bedürfnissen entspricht. Beim jetzigen Stand der Mark erhalten auf diese Weise die Besatzungstruppen — vor allem die Amerikaner — beim Umwechseln Summen in die Hände, die weit über ihre Lebensnotwendigkeiten hinausgehen müssen, was man schon an dem vielen Sekt und Wein sieht, den das Militär zurzeit wieder in den Wirtschaften des besetzten Gebietes bestellt. Hier könnte durch Bezahlung in deutscher Reichsmark wirklich viel gespart werden, wozu dann auf Verbandsseite noch der Vorteil käme, daß die Soldaten aller Mächte den gleichen Sold erhielten und nicht die Summen in verschiedener Höhe, die jetzt durch den verschiedenen Stand von Franken, Pfund und Dollar gegenüber der Mark bedingt sind.

Germanicus.

Ein neuer Willkürakt.

Die deutschen Unterhändler dürfen nicht nach Oberschlesien.

Nachdem die Entente unter offener Verletzung des Friedensvertrages und im Widerspruch zu dem klaren Ergebnis der Volksabstimmung das oberschlesische Industriegebiet von Deutschland losgerissen hat, bemüht sie sich jetzt, den Raub möglichst zu sichern. Dabei scheut sie, wie aus der nachstehenden amtlichen Meldung hervorgeht, auch vor einem neuen Gewaltakt nicht zurück.

Die Interalliierte Kommission in Oppeln hat die Einreisegenehmigung des stellvertretenden deutschen Bevollmächtigten für die deutschpolnischen Verhandlungen über Oberschlesien, Staatssekretärs Dr. Lewald, und des Staatssekretärs Dr. Goeppert, die sich zu Vorbesprechungen mit Vertretern der oberschlesischen Bevölkerung nach Oberschlesien begeben wollten, verweigert.

Dieser neueste Willkürakt der Entente wird damit begründet, daß „im Interesse der Ordnung" in dem von den Alliierten besetzten Oberschlesien den deutschen und polnischen Kommissionsmitgliedern eine Aufenthaltserlaubnis nicht erteilt werden könne. Daß die Anwesenheit der deutschen Unterhändler der Ordnung im Abstimmungsgebiet hätte gefährlich werden können, ist natürlich nur ein lächerlicher Vorwand. Durch die Paßschikane wollte die Interalliierte Kommission, in der der französische Einfluß maßgebend ist, verhindern, daß die deutschen Delegierten an Ort und Stelle die Ansichten der maßgebenden deutschen Kreise über die in Genf aufgestellten wirtschaftlichen Bestimmungen kennen lernen und die Grundlagen der bevorstehenden Verhandlungen besprechen konnten. Der polnischen Delegation wird nur deshalb Erwähnung getan, weil man den gegen die deutschen Unterhändler gerichteten Gewaltakt ein wenig bemänteln wollte. In Wirklichkeit denkt die Interalliierte Kommission gar nicht daran, den Polen die Einreise nach Oberschlesien zu wehren. Schon wimmelt das den Polen zugesprochene Industriegebiet von kongreßpolnischen Kommissionen und polnischen Privatleuten, während ein Deutscher nicht einmal nach Oppeln oder Gleiwitz kommen darf, auch dann nicht, wenn er offizieller Bevollmächtigter der deutschen Regierung für Oberschlesien ist, selbst nicht, wenn er auf Geheiß der Entente ernannt wurde.

Trotz dieser offensichtlichen Schikane werden die deutschen Unterhändler jedoch Gelegenheit haben, sich für ihre Verhandlungstätigkeit von der Lage ein Bild zu machen. Nachdem die Ententekommission in Oppeln ihnen die Einreisegenehmigung nach Oberschlesien verweigert hatte, sind die beiden Herren nach Breslau gereist. Sie werden dort zunächst mit den Provinzialbehörden, der Handelskammer usw. Aussprachen haben und versuchen, jene enge Fühlungnahme, die sie durch persönlichen Verkehr mit den verschiedenen Bevölkerungskreisen in Oberschlesien erreichen wollten, dadurch zu erzielen, daß sie deren Vertreter ersuchen, nach Breslau zu kommen.

Daß eine Enquete in den losgerissenen Gebieten selbst wertvoller wäre als eine Konferenz in Breslau, liegt auf der Hand. Die Verweigerung der Einreiseerlaubnis beweist, in welchem Geiste die Verhandlungen über die wirtschaftlichen Bestimmungen geführt werden sollen. Das Vorspiel ist wenig verheißungsvoll.

Preußischer Landtag.

— Berlin, den 11. November.

Die Aussprache über die Regierungserklärung.

Die Besprechung der Programmerklärung des neuen Kabinetts wird fortgesetzt. — Es sollen zwei Rednerreihen gesprochen.

Abg. **Winckler** (Dntl.): Als meine Freunde im April Herrn Stegerwald ihre Stimme gaben, taten sie es, weil sie in dieser Wahl einen Fortschritt sahen. (Zuruf links: Rückschritt!) Wir stimmen überein mit ihm in nationalen Dingen und in der christlichen Ueberzeugung. (Sehr richtig! rechts.) Er ist bemüht gewesen, in die preußische Verwaltung den Geist der Sachlichkeit hineinzubringen. (Sehr richtig! rechts.) Die alles beherrschende Frage der letzten Zeit war es, eine Einheitsfront zu schaffen. Was hat die Regierung dazu getan? Anstatt auf eine Einheitsfront hinzuwirken, hat sie den Kampf gegen rechts geführt und den Streit mit Bayern heraufbeschworen. Jetzt ist die Führung im preußischen Kabinett an die Sozialdemokraten übergegangen. Das ist besonders deshalb wichtig, weil der Ministerpräsident die Richtlinien der Politik bestimmt. Diese sozialdemokratische Führung hindert uns, dem Kabinett das Vertrauen auszusprechen. (Lebh. Zustimmung b. d. Deutschnationalen.) Die Worte über Oberschlesien hätten wir etwas kräftiger gewünscht. Es hätte zum Ausdruck gebracht werden müssen, daß wir die Trennung von Oberschlesien nie und nimmer anerkennen werden. (Lebh. Zustimmung b. d. Deutschnat.) Bedenken hat uns der Passus der Erklärung über die Beamten verursacht. Wir erklären: entweder hat der Beamte außerhalb seines Amtes das Recht, seine Meinung frei zu äußern oder er hat es nicht. (Sehr richtig! b. d. Deutschnat.) Die Ausführungen der Erklärung erscheinen uns als ein Bruch der Reichsverfassung. (Erneute Zustimmung b. d. Deutschnationalen.)

Inzwischen ist ein Antrag der Koalitionsparteien eingegangen, dem neuen Ministerium das Vertrauen auszusprechen.

Ein Antrag der Abgg. Winckler (Dntl.) u. Gen. besagt dagegen: Der Landtag versagt dem Staatsministerium, das in seiner Zusammensetzung den nationalen Interessen des Landes nicht entspricht und den staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Preußens gefährdet, das zu seiner Amtsführung erforderliche Vertrauen.

Abg. **Oeser** (Dem.): Dem Ministerium Stegerwald sprechen wir den Dank dafür aus, daß es verstanden hat, sich das Zutrauen der wirtschaftlichen Kreise zu erwerben. Die Beamtenschaft muß die Pflichten auf sich nehmen, die sich aus ihrer Stellung zum Staat ergeben. Unter keinen Umständen darf sie gegen den Staat arbeiten, oder dessen Repräsentanten in niederreißender Art kritisieren. (Sehr richtig! b. d. Dem.) Der Entwicklung der Jugend in der Schule sehen wir mit Besorgnis entgegen, weil sie im Geiste gegen die Republik erzogen wird. Daraus müssen Zusammenstöße erfolgen. Das Wirken des neuen Kultusministers werden wir vor allem unter dem Gesichtswinkel beurteilen, wie es ihm gelingt, die Interessen des Volksstaates in der Schule zur Geltung zu bringen.

Abg. **Leid** (U.Soz.) sagt schärfsten Kampf seiner Fraktion gegen diese arbeiterfeindliche Regierung an.

Ministerpräsident **Braun** weist den Vorwurf des deutschnationalen Redners zurück, daß der Reichskanzler die Schuld an dem Verlust Oberschlesiens trage. Zur Beamtenfrage erklärt er, daß es keinem Beamten verwehrt sei, außerhalb des Amtes jede politische Auffassung zu vertreten. Wenn aber ein Beamter in politischen Versammlungen gegen die Regierung hetze, so verletze er seine Pflicht.

Abg. **Baecker** (Dntl.) stellt fest, daß die Worte seines Fraktionskollegen nicht der Person des Reichskanzlers, sondern der deutschen Politik in der oberschlesischen Frage gegolten hätten. Bezüglich der Beamtenfrage erklärt der Redner, daß die Deutschnationale Partei mit allen Mitteln für die verfassungsmäßigen Rechte der Beamtenschaft eintreten werde.

Nach einer kurzen Polemik des Ministerpräsidenten **Braun** gegen den Vorredner kommt der Abg. **Leidig** (D. Vp.) zum Wort.

Hierauf werden die Anträge des Beamtenausschusses zur **Besoldungsordnung in 2. und 3. Lesung angenommen.**

Liebe erweckt Liebe.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

„Wenn du mich nicht zu deiner Frau gemacht hättest, dann hätte ich mich vielleicht in noch einfachere Verhältnisse schicken müssen. Ich glaube, das habe ich von meinem Vater, der konnte heute im größten Luxus schwelgen und morgen mit derselben guten Laune in einem elenden Dorfwirtshaus oder unter freiem Himmel kampieren und sich an einem Stück Speck u. Schwarzbrot laben, wie an dem köstlichsten Mahle. Es ist wohl das Soldatenblut, das sich in mir regt."

Sie legte zierlich den geschnittenen Napfkuchen, den die Mutter jetzt immer für sie bereit hielt, auf einen Teller, stellte alles geschickt auf ein Tablett und trug es hinein in die Wohnstube, wo sie den Tisch deckte.

Hans folgt ihr, lachend die Kaffeekanne balancierend.

Dann wurde die glückliche Mutter nach Herzenslust verwöhnt, ein bißchen geneckt und dann wieder gestreichelt.

Das waren köstliche Stunden, auf deren Grunde allerlei geheimnisvolle Wunder für die beiden Menschen ruhten, deren Seelen sich suchten.

So schienen die jungen Eheleute in sehr glücklicher, harmonischer Ehe zu leben, davon waren alle Menschen, die mit ihnen in Berührung kamen, überzeugt. Nur sie beide wußten, daß ihnen das beste fehlte, und danach sehnten sie sich beide. Sobald sie jedoch allein waren, zogen sie sich in sich selbst zurück, weil sie nicht sicher waren, sich genug beherrschen zu können. In Gegenwart anderer Menschen gaben sie sich viel freier und ungezwungener.

13. Kapitel.

Inzwischen war auch Harry Forst mit seiner jungen Frau von der Hochzeitsreise zurückgekehrt.

Seine Schwiegereltern hatten für das junge Paar im elegantesten Stadtviertel, dicht an der Promenadenanlage, eine Etage mit allem Komfort einrichten lassen.

Die alten Herrschaften hätten am liebsten gesehen, wenn ihre Tochter und deren Gatte in ihrem eigenen, geräumigen Hause eine Etage bezogen hätten.

Aber Ellen hatte das nicht gewollt, weil sie merkte, daß Harry dagegen war. Und sie wollte nur immer das, was Harry angenehm war; sie suchte ihm alle Wünsche von den Augen abzulesen.

Zum ersten Mal in ihrem Leben freute sich Ellen so recht von Herzen ihres Reichtums, weil sie damit das Leben des geliebten Mannes verschönern konnte.

So war nun für das junge Paar ein herrliches Heim eingerichtet worden, in dem sich alles vereinte, was mit Geld und gutem Geschmack geschaffen werden konnte.

Harry und Ellen waren bis nach Cairo gereist und hatten dort ein Leben im großen Stil geführt. Harry Forst hatte sich mit einer wahren Gier auf alles neue, auf alle Zerstreuungen gestürzt, weil er das Gefühl in seiner Brust betäuben wollte, das ihn immer wieder in Sehnsucht und heißem Begehren an Fee denken ließ.

Willenlos hatte Ellen sich von einem Vergnügen zum anderen führen lassen, willenlos war sie dem vergötterten Gatten überallhin gefolgt.

Aber das war für die zarte, junge Frau zu anstrengend gewesen.

Sie fühlte sich außerordentlich matt und müde und hätte ihren Harry viel lieber für sich allein gehabt, als ihn mit anderen Menschen zu teilen. Sie merkte auch, daß die Frauen den schönen Mann mit verlangenden Augen anschmachteten. Aber Harry schien für keine andere Augen zu haben und das beseligte die arme, kleine Frau ungemein. So ging sie immer wieder mit ihm, was ihre Kräfte viel zu viel anstrengte.

Sie klagte nie. Wußte sie doch, daß Harry gegen alles, was krank war, eine große Abneigung empfand.

So zwang sie mit staunenswerter Energie immer wieder ihre Schwäche nieder und mutete sich Strapazen zu, die weit über ihre Kräfte gingen. Harry Forst merkte nichts davon. Er achtete überhaupt wenig auf seine junge Frau, die doch mit der ganzen Inbrunst ihres Wesens in ihm aufging.

In ihm brannte nur die Sehnsucht und das Verlangen nach Fee, die ihm doch unerreichbar war.

Wenn sich Ellen liebeheischend und zärtlich an ihn schmiegte, dann riß er sie oft in wilder Qual in seine Arme, schloß die Augen und versuchte, sich vorzutäuschen, daß es Fee sei, die er in seinen Armen hielt. Ellen war dann glückselig, weil sie glaubte, daß diese Zärtlichkeiten ihr selbst galten. Forst hatte nicht geglaubt, daß Fees Verlust ihn so schmerzen würde. So lange ihre Liebe noch ihm gehörte, hatte er geglaubt, sie entbehren zu können. Da war ihm Glanz und Reichtum erstrebenswerter erschienen. Nun er jedoch diesen erstrebten Reichtum besaß, Fee ihm aber ihre Liebe entzogen und sich einem anderen zu eigen gegeben hatte, nun glaubte er es nicht ertragen zu können, Fee aufgegeben zu haben.

Mit glühender Eifersucht dachte er an Hans Ritter, der Fee besitzen durfte, während er vergeblich nach ihr verlangte. Immer wieder brannte die Frage in seinem Herzen, ob Fee ihren Gatten liebe, ob sie ihm selbst wirklich alles entzogen, was sie ihm früher so rückhaltlos geschenkt hatte — ihre Zärtlichkeit, ihre Liebe.

Wenn er an die wenigen kurzen Minuten zurückdachte, da Fee sich in seine Arme geschmiegt, ihn mit so zärtlich flammenden Augen angesehen und seine Küsse innig erwidert hatte, dann stürmte das Blut wild durch seine Adern. Und der Gedanke, daß jetzt ein anderer sie besaß, erfüllte ihn mit wahrsinniger, quälender Eifersucht.

Ellen ahnte nichts von dem, was in der Seele ihres Mannes tobte. Sie berauschte sich an der Illusion ihres Glückes und ahnte nicht, daß die oft wie der Sturm über sie hereinbrechenden Zärtlichkeiten ihres Gatten einer anderen galten.

Forst gab sich Mühe, Ellen nichts von seinem Zustande merken zu lassen. Wenn er ruhige Stunden hatte, suchte er sich in ein Gefühl der Dankbarkeit gegen Ellen hin zu steigern, weil sie ihn allen pekuniären Sorgen enthoben hatte.

Ellen blieb die Erkenntnis erspart, daß sie nicht geliebt wurde. Aber trotzdem sie sich sehr glücklich fühlte, beunruhigte sie die große Mattigkeit und Hinfälligkeit ihres Körpers. Sie sah elend und verfallen aus und bekam immer öfter Anfälle von Schwindel und halber Bewußtlosigkeit. Dann schlug ihr Herz unregelmäßig und sie rang mit einer quälenden Atemnot.

Sie tröstete sich aber immer damit, daß dies alles wohl nur eine gewisse Nervosität sei, wie sie junge Frauen wohl heimsuchte. Jedenfalls sagte sie Harry nichts davon.

Aber schließlich war sie doch froh, daß Harrys Urlaub zu Ende ging und sie heimkehren mußten. Freilich war sie auch zugleich betrübt, daß nun die schöne Zeit ihrer Ehe zu Ende sei, daß Harry nun viel vom Dienst in Anspruch genommen werden würde.

Nun waren sie in ihr neues Heim eingezogen.

Fee hatte von Ellens und Forsts Rückkehr durch ihre Cousinen gehört. Sie mußte darüber nachdenken, wie sich ihr Verkehr mit dem Ehepaar Forst in Zukunft gestalten würde. Ganz aus dem Wege konnte man sich nicht gehen, dazu gab es zu viel gemeinsame Beziehungen. Außerdem war Hans Ritter mit dem Kommerzienrat Volkmer geschäftlich sehr liiert, so daß man dessen Schwiegersohn so wenig wie seine Tochter ignorieren konnte, ganz abgesehen von den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Fee und Ellen.

Angenehm würde es Fee nicht sein, Forst immer wieder begegnen und in Gegenwart dritter Personen mit ihm sprechen zu müssen. Ja, es ließ sich nicht einmal vermeiden, daß man sich gegenseitig einladen und besuchen mußte. Fee hätte am liebsten mit ihrem Gatten offen darüber gesprochen und mit ihm beraten, wie dieser Verkehr auf das tunlichste zu beschränken sei.

Aber Fee wagte es nicht, aus einer beklommenen Scheu heraus, das Gespräch auf Forst zu bringen.

Hans Ritter wußte bereits, daß Forst zurückgekehrt war. Auch er dachte über diese Verkehrsfrage nach. Noch mehr aber interessierte ihn die Frage, ob Fee wohl Forst ruhig begegnen konnte, oder ob eine Begegnung mit ihm sie immer noch erregen würde. So scheute auch er sich, dies Thema anzuschlagen.

Fee hatte jedenfalls beschlossen, sich abwartend zu verhalten.

Lange sollte sie das aber nicht nötig haben.

Es war einige Tage nach Ellens Rückkehr, als Fee zur Besuchszeit in ihrem kleinen Salon saß und in einem Buche blätterte, das sie sich hatte aus der Buchhandlung kommen lassen. Da wurde ihr Frau Ellen Forst gemeldet.

Fee empfing sie in ihrem Salon. Als Ellen eintrat, erschrak Fee bis ins innerste Herz vor dem Anblick dieses blassen, elenden Gesichtchens mit den matten, schwarzumränderten Augen.

(Fortsetzung folgt).

Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 11. November.

Kleine Anfragen.

An der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen. Abg. Künstler (U.Soz.) erhält auf eine Beschwerde die Auskunft, daß die Reichswehr dem ehemaligen bayerischen König nur die ihm als Generalfeldmarschall zustehenden militärischen Ehren erweise.

Auf eine Anfrage des Abg. Hemeter (Dntl.) erfolgt die Auskunft, es sei nicht richtig, daß mit Genehmigung der deutschen Regierung erhebliche Mengen Zucker und Kartoffeln ausgeführt worden sind. Nur bestimmte Mengen Kartoffeln sind zur Linderung der Notlage nach Deutsch-Oesterreich geliefert worden.

Es folgt die zweite Lesung der dritten Ergänzung zum Besoldungsgesetz.

Abg. Frau Zietz (U.Soz.) begründet eine Reihe Abänderungsanträge, die statt der bisher 13 Gruppen nur 7 Gehaltsstufen einführen und die Gehälter der unteren zu Ungunsten der oberen Gruppen erhöhen wollen. Die Reichswehr ist aus der Beamtenbesoldungsordnung zu streichen. Der Teuerungszuschlag soll für alle Gehaltsstufen 9000 Mark betragen.

Annahme der Regierungsvorlage.

Darauf wird die Regierungsvorlage unter Ablehnung der Abänderungsanträge gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Annahme findet auch die gemeinsame Entschließung aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten, die eine baldige Nachprüfung der Bezüge der Reichsbeamten sowie der noch vorhandenen Spannung zwischen den einzelnen Ortsklassen fordert.

Das Haus tritt sofort in die dritte Lesung ein. Der Teuerungszuschlag soll für alle Gehaltsgruppen gleichmäßig 9000 Mark betragen. Auch in dritter Lesung wird das Gesetz gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen.

Die Interpellationen über die Teuerung.

Es folgt eine Reihe Teuerungsinterpellationen. Eine Interpellation der Deutschnationalen fordert die Aufhebung der Zwangswirtschaft auf allen Gebieten der landwirtschaftlichen Produktion und rechtzeitige Maßnahmen zur Sicherung der Einfuhr, der durch die inländische Ernte voraussichtlich nicht zu deckenden notwendigen Mengen Brotgetreide. Eine zweite Interpellation der Deutschnationalen wendet sich gegen die Verschiebung von Getreide und Kartoffeln in das Ausland.

Abg. Hemeter (Dntl.) begründet die beiden Interpellationen und stellt fest, daß die Landwirtschaft mehr als ihre Pflicht getan habe. Ueber die Westgrenze sind ganze Züge mit Kartoffeln verschoben worden. Wir verlangen schärfste Zuchthausstrafen gegen die Schieber.

Abg. Krätzig (Soz.) begründet die mehrheitssozialistische Interpellation gegen den Preiswucher und will endlich Taten von der Regierung sehen.

Frau Abg. Wurm (U.Soz.) begründet die Anträge ihrer Partei auf Erhöhung der Mehlration ab 1. November, sowie den Entwurf eines Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln, wonach im Wirtschaftsjahr 1921-1922 eine Umlage von 6 Millionen Tonnen Kartoffeln zu einem Erzeugerpreis von 30 Mark pro Zentner aufgebracht werden soll. Der Kartoffelwucher übersteige alles, was wir auf dem Gebiete des Lebensmittelwuchers erlebt haben.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

, Steinheim, 15. November.

Bußtag.

Ein Tag der inneren Einkehr und der Selbstbetrachtung! Wohl nicht ohne Absicht hat man diesen Tag gerade in den Novembermonat gelegt. Die Vergänglichkeit, die uns die Natur vor Augen führt, lenkt die Gedanken auf die Vergänglichkeit alles Irdischen. Wie die Natur stirbt, müssen auch wir Menschen sterben, wenn unsere Zeit gekommen ist, auf Blüte und Entfaltung folgt auch bei uns Welken und Vergehen. In der Geschäftigkeit des täglichen Lebens wird das nur zu oft vergessen, und das Kleine und Kleinliche gewinnt eine Bedeutung, die es sofort verliert, sobald wir uns vergegenwärtigen, wie schnell dieses Leben dahinfließt und wie eitel das menschliche Streben ist, dem die Lauterkeit des Wollens und das höhere Ziel fehlt.

Vergessen wird im Kampf ums Dasein, in der Sucht nach Erwerb und Gewinn das christliche Gebot der Nächstenliebe, das erst dann wahrhaft erfüllt wird, wenn es ein Gebot des Herzens geworden, das stärker ist als alle feindseligen Regungen gegen den Nächsten.

Unserer Schwachheit und Unvollkommenheit sollen wir uns am Bußtage bewußt werden, und haben wir wissentlich Unrecht begangen, Reue darüber empfinden. Es ist ein vergängliches Leben, das wir leben, aber wir hoffen auf ein unvergängliches und wollen suchen, seiner immer mehr würdig zu werden. Graue, kalte Nebel hüllen die Erde ein, Wolken verdüstern den Himmel, doch dahinter leuchtet die Sonne.

Wir demütigen uns in der Erkenntnis unserer Fehler und Mängel, beugen uns in der Reue und Buße, aber schon der Vorsatz zu besserem und reinerem Denken und Handeln erhebt uns wieder und gibt uns neue Kraft und Zuversicht.

*— **Glockenweihe.** Am Mittwoch, am Erntedankfeste, nachmittags 3 Uhr ist die **feierliche Weihe der 4 neuen Bronzeglocken,** zu welcher die ganze Gemeinde eingeladen wird. Auch die Fahnendeputationen derjenigen Vereine, welche sonst an den Prozessionen teilnehmen, werden um ihre Teilnahme gebeten. Eingeleitet wird die Feier durch eine **Ansprache in der Kirche.** Die Vertreter der kirchlichen Gemeinde mögen in den vorderen Bänken an der Epistelseite und die Vertreter der politischen Gemeinde in den Chorstühlen ihre Plätze einnehmen. Nach der Ansprache zieht die Prozession zum Kirchplatz zur Weihe der neuen Glocken. Nach Beendigung derselben wird Prozession um die Kirche gehalten, (Tedeum), und die Feier mit dem Segen in der Kirche geschlossen.

*— **Lügde,** 14. Nov. Am Sonnabend, 12. November morgens wurde der Landwirt Loges aus Riese zwischen Rischenau und Lügde von zwei Männern überfallen und seiner Barschaft in Höhe von mehreren Tausend Mark beraubt. Von den Räubern hat man noch keine Spur.

*— **Nieheim,** 14. Novbr. Die hiesige erledigte Pfarrstelle ist von der Bischöflichen Behörde dem Herrn Dechanten Peter Halbfas in Hörde übertragen. Derselbe ist geboren am 1. Dezember 1867 in Kalberschnacke (Kreis Olpe) und am 8. August 1892 zum Priester geweiht.

*— **Göttingen,** 10. Nov. Auf eine originelle Idee kamen hiesige Studenten, die bei dem großen Wohnungsmangel keine Wohnung finden konnten. Durch Zufall hatten sie vernommen, daß die Wohnung des Turmwächters in der Johanniskirche frei wurde; sofort warden sie beim Magistrat vorstellig, daß ihnen diese Wohnung eingeräumt wurde. Jetzt hausen sie recht und schlecht oben im Turme.

Ordnung der Betstunden

beim 13-stündigen Gebet (Erntedankfest) in der Pfarrkirche zu Steinheim am 16. November 1921.

6 — 7	Uhr:	Aussetzung des hl. Sakraments. Hl. Messe.
7.30— 8	Uhr:	Frühmesse.
8 — 9	„ :	Männerapostolat, III. Orden und Lebendiger Rosenkranz.
9— 10	„ :	**Hochamt.** Stadtverordnete u. Magistrat.
10— 11	„ :	Gesellenverein, Jünglings-Sodalität und Rektoratschule.
11— 12	„ :	Betstunde für die Armen Seelen, besonders für die gefallenen Krieger.
12— 1	„ :	Stille Anbetung.
1 — 2	„ :	Schulkinder.
2 — 3	„ :	Mütterverein.
3 — 4	„ :	Rolfzen.
4 — 5	„ :	Jungfrauen-Congregation.
5 — 6	„ :	Bürgerschützen- und Kriegerverein.
6 — 7	„ :	Schluß- (Dank)- Andacht. **Allgemeine Betstunde.** Tedeum. Segen.

N. B. Jede Betstunde beginnt mit dem Segensliede Nr. 4 und schließt mit dem Liede Nr. 272.

Schlußdienst.

Hardings sechs Punkte.

— **Washington,** 13. November. Präsident Harding hat die Grundsätze für die Washingtoner Abrüstungskonferenz in einer Erklärung festgelegt, die 6 Punkte umfaßt. Im ersten Punkt wird eine engere internationale Zusammenarbeit für erforderlich bezeichnet. Ohne daß Amerika dem Völkerbunde beitritt, würde es sich doch dessen Wirken nicht entgegenstellen, vorausgesetzt, daß sich dieses auf Europa beschränkt. Wo es einer engeren internationalen Zusammenarbeit bedarf, wird man die Mittel dazu in persönlichen Zusammenkünften nach der Art der Washingtoner Konferenz finden. Ferner halten die Vereinigten Staaten es für notwendig, durch genaue Absteckung der Grenzen Chinas den Ansprüchen Japans Rechnung zu tragen, damit dieses sich außerhalb seiner Grenzen auszudehnen imstande ist. Bei der Festsetzung der Grenzen der Abrüstung muß die Abhängigkeit Englands von der übrigen Welt betreffs der Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen berücksichtigt werden. Die Lage Frankreichs muß berücksichtigt werden. Der Garantievertrag kann nicht wieder aufleben. Aber Amerika kann, wenn der Augenblick geeignet ist, Frankreich dadurch unterstützen, indem es auf Deutschland einen Druck ausübt.

Parteitag der Demokraten.

— **Bremen,** 13. November. Gestern vormittag trat hier der vierte Parteitag der Deutsch-demokratischen Partei zusammen. Zum Ehrenvorsitzenden wurde der bekannte württembergische Demokrat v. Payer, zu Leitern der Tagung u. a. der Bremer Senator Böhmert gewählt. Nach den üblichen Organisations-, Kassen- und Revisionsberichten erstattete der Parteivorsitzende Dr. Petersen den Bericht über die politische Lage. Als Hauptaufgabe der Demokratischen Partei bezeichnete er, das Volk für die Demokratie zu gewinnen und für die Weimarer Verfassung. Die große demokratische Forderung laute: Moralische Eroberungen für die deutsche Republik zu machen. Unter Hinweis auf die Lehre von Görlitz bat der Redner den Parteitag, die Taktik der Partei nicht durch Beschlüsse festzulegen. Die Ermordung Erzbergers habe den Radikalismus der Rechten teilweise zur Besinnung gebracht. Begrüßenswert sei das Bekenntnis der Deutschen Volkspartei zur Koalition der Mitte. Die Gründung der Koalition der Mitte sei eine Staatsnotwendigkeit für die Demokratie. Zum Steuerproblem erklärte der Redner, der Besitz müsse zur Vermögens- und Einkommensteuer bis zur Grenze des Erträglichen, aber auch nicht weiter, versteuert werden. Wir sind mit dem Zentrum und der Volkspartei darin einig, daß sich ein abermaliger Eingriff in die Substanz nicht vermeiden lasse. Zur Kreditaktion der Industrie führte Dr. Petersen aus: Es beweise die Unfähigkeit der kapitalistischen Kapitäne, wenn sie solche Bedingungen an die Regierung stellten. „Wir müssen uns verbitten, daß eine Klasse uns Bedingungen auferlegt, als wenn sie ein Bankier wäre. Wir können uns das nicht gefallen lassen." Nach Dr. Petersen sprach Reichsminister a. D. Dr. Rathenau über die Erfüllungsfrage, wobei er in interessanten Ausführungen auf das Valutaproblem einging.

Volkswirtschaft.

Der Dampferdienst Hamburg — Neuyork. Mit der Einstellung der „Württemberg", eines Schwesterschiffes der „Bayern", in den Nordamerikadienst sind die in dem Vertrage zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Harriman-Konzern vereinbarten Grundsätze nunmehr auch deutscherseits erfüllt. Nach diesem Abkommen sollen 50 Proz. amerikanische Schiffe und 50 Proz. deutsche Schiffe auf den atlantischen Linien verkehren. Bisher wurde der deutschen Schiffen vorbehaltene Dienst durch die amerikanischen Schiffe mitversehen. Von nun an wird abwechselnd ein amerikanisches und ein deutsches Schiff auf der Hauptverkehrsstraße zwischen Hamburg und Amerika fahren.

Der Stand der Mark. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	12. 11.	11. 11.	1914
100 holländische Gulden	9790	9810	167,— M.
100 belgische Franken	1918	1883	80,— „
100 dänische Kronen	5245	5254	112,— „
100 schwedische Kronen	6483	6593	112,— „
100 italienische Lire	1143	1159	80,— „
1 englisches Pfund	1106	1134	20,— „
1 Dollar	282	287	4,20 „
100 französische Franken	2098	2048	80,— „
100 schweizerische Franken	3871	3946	80,— „
100 tschechische Kronen	300	304	— — „

Berlin, 12. Nov. (Warenmarkt.) Amtliche Notierungen der Mittagbörse für 50 Kilo: Weizen 390 bis 402. Roggen 299—302. Sommergerste 380—395. Hafer 298—303. Mais 330. Weizenmehl 450—550. Roggenmehl 350—415. Roggen- und Weizenkleie 200—210. Raps 670 Kleine Speiseerbsen 360—430.

Vivat Albert!

Unserem allverehrten Klassenlehrer, Herrn Rektor Albert Butterwegge zu seinem morgigen Namenstage die

Herzlichsten Glück- und Segenswünsche!

Gewidmet von seinen dankbaren Schülern der Klasse Ia.

Bekanntmachung!

Sämtliche vom Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe erteilten Genehmigungen zur Beschäftigung von Ausländern in der Landwirtschaft verlieren mit dem 31. Dezember 1921 ihre Gültigkeit. Arbeitgeber, die über diesen Zeitpunkt Ausländer ohne erneuerte Genehmigung in der Landwirtschaft beschäftigen, machen sich strafbar; auch haben sie damit zu rechnen, daß ihnen die Ausländer entzogen werden.

Nach neueren Bestimmungen des Reichsarbeitsministers muß die Beschäftigung von Ausländern in der Landwirtschaft im Jahre 1922 auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt bleiben. Anträge auf Weiterbeschäftigung, sowie Neuanträge für das Jahr 1922 sind auf besonderen Vordrucken bis zum 25. November an das Landratsamt einzureichen; andernfalls ist eine rechtzeitige Erledigung in Frage gestellt. Vordrucke können vom Landratsamt bezogen werden.

Entsprechend den Vermittelungsgebühren für einheimische Landarbeiter wird auch seitens des Landesarbeitsamtes eine Prüfungsgebühr in Höhe von 10 Mark je beantragten ausländischen Arbeiter und eine Genehmigungsgebühr in Höhe von 30 Mark je auf der Arbeitsstelle belassenen ausländischen Arbeiter bezw. je für das Wirtschaftsjahr 1922 zugelassenen ausländischen Zeitarbeiter erhoben werden. Die Einziehung erfolgt durch das Landesarbeitsamt in Münster unmittelbar.

Höxter, den 8. November 1921.

Der Landrat.
J. V.: Sawahn, Kreissekretär.

Wird hiermit veröffentlicht!

Steinheim, den 11. November 1921.

Die Polizeiverwaltung. J. V.: Remke.

Empfehle:

Sprengel-Schokolade

Fondant	125	Gramm	6.75 Mk.
Mild	100	„	5.50 „
Herb	100	„	5.75 „
Vanille	100	„	5.00 „

Sprengel-Plätzchen, ¼ Pfd. 7.00 „
ff. Pralinen, ¼ Pfd. 5.50, 6.50, 7.50.
ff. Kant-Pralinen, Cart. ½ Pf. 12.50.

Hans Wallbaum, Steinheim.
— Marktplatz Nr. 2 —



Bürger-Schützen-Verein.

Mittwoch (Erntedankfest) nachmittags von 5—6 Uhr:

Betstunde.

Um vollzählige Beteiligung ersucht:
Der Kommandeur:
August Lücking.

Kriegerverein Steinheim i. W.

Mittwoch (Erntedankfest) nachm. von 5—6 Uhr:

Betstunde.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht:
Der Kommandeur: Carl Schrader.

Wir suchen für sofort:

1 tüchtigen Arbeiter.

Genossenschaft Steinheim.

Siedesalz

(Salinensalz) kein Steinsalz gibt ab

Heinr. Lühn, Steinheim.

Noch zu alten billigen Preisen:

Vornehme

Winterkleidung

für Damen und Herren.

Plüsch-, Samt-, Tuch- und Flausch-Mäntel

in allen Modefarben.

Schlüpfer und Ulster, gute haltbare Stoffe in bester Verarbeitung.

Pelzgarnituren!! in großer Auswahl.

W. M. Pott, Steinheim i. Westf.

Bekanntmachung!

Der Ausbruch der Schweinepest ist in der Gemeinde Sandebeck amtstierärztlich festgestellt. Zum Schutze gegen die Seuche wird hiermit folgendes angeordnet:

1. Sperrbezirk bildet die Gemeinde Sandebeck; in demselben unterliegen sämtliche Schweine der Absperrung im Stalle.
2. An den Haupteingängen der Seuchengehöfte und an den Eingängen der verseuchten Ställe sind Tafeln mit der deutlichen Aufschrift „Schweinepest" leicht sichtbar anzubringen. An den Grenzen des gesperrten Ortes sind Tafeln mit der Aufschrift „Gesperrt" wegen Schweinepest" sichtbar anzubringen.
3. Sämtliche Hunde im Sperrbezirk sind festzulegen und das Federvieh ist im Stalle zu halten.
4. Schlächtern und Viehkastrierern sowie Händlern ist das Betreten aller Ställe von seuchenkrankem Vieh und der Eintritt in die Seuchengehöfte untersagt.
5. Die Einfuhr von Schweinen darf nur mit polizeilicher Genehmigung erfolgen.
6. Durch das Sperrgebiet dürfen Schweine nicht getrieben und nur unter der Bedingung durchgefahren werden, daß die Transporte darin nicht anhalten.
7. Das gemeinschaftliche Austreiben von Schweinen aus mehreren Gehöften ist verboten.
8. Schweinepestkranke oder der Seuche verdächtige Schweine dürfen nur auf dem Seuchengehöft geschlachtet werden.

Die Ausführung solcher Tiere vom Seuchengehöft ist verboten.

Vor der Ausführung von Schweinen aus Sandebeck überhaupt ist die ortspolizeiliche Genehmigung einzuholen. Sie wird nur auf Grund eines tierärztlichen Attestes und nur zu Schlachtzwecken erteilt.

8. Dünger und Jauche von seuchenkrankem Vieh, sowie Geräte und Gegenstände aller Art, die mit solchem Vieh in Berührung kommen, dürfen aus dem Sperrgebiet nur mit besonderer Erlaubnis unter den polizeilich angeordneten Vorsichtsmaßregeln ausgeführt werden.

Höxter, den 8. November 1921.

Der Landrat.
J. V.: Sawahn, Kreissekretär.

Wird hiermit veröffentlicht!
Steinheim, den 11. November 1921.
Die Polizeiverwaltung. J. V.: Reineke.

Bekanntmachung!

Um meinem Personal die nötige Mittagspause zu geben, habe ich mich entschlossen, mein Geschäft von 12.30—2 Uhr Mittags zu schließen.

Carl Herzfeld.



Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Hausputz

Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf

- Rosshaare -

kauft zu höchsten Tagespreisen.

Franz Reinemann, Steinheim

Ferdinand von Kämpf
Deutsch amerikanischer
Homoöpath
für sämtliche Krankheiten.
Sprechstunden:
Jeden Freitag
von 9—12, von 2—7 Uhr bei:
Gastwirt Breker, Steinheim.

Hunde
werden blitzeblank mit **Dr. Busleb's** medizinischer **Hundeseife.**
Bester Schutz vor Räude.
Zu haben bei:
Herm. Eichler, Markt-Drog.

2 schwarze
Minorka-Hennen
abhanden gekommen. Geg. gute Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle dss. Blattes

„Ich litt seit 3 Jahren an gelblichem Ausschlag mit furchtbarem
Brüt-Jucken
Durch ein halbes Stück Zucker's Patent-Medizinal-Seife habe ich das Übel völlig beseitigt. H. S., Polizei-Serg." Dazu Zuckooh-Creme (nicht fettend und fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich

Wieder eingetroffen!
Reform-Hosen, gute Qualität
für Damen und Kinder.
Damen- und Kinder-Strümpfe
in vielen Qualitäten.
Sweater, gute Qualitäten.
- Schals - Handschuhe -
in großer Auswahl.
S. Emmerich Wwe.

Elektro-Motoren Reparaturen.
Neu- und Umwickelungen.
Schnellste Fertigstellung.
W. Noll, Maschinenfabrik
Minden i. Westf.

Aus Stadt und Land.

** **Beschlagnahme eines Kartoffeltransports.** 30 Waggons Kartoffeln wurden durch das Landratsamt Fulda auf dem Bahnhof Fulda beschlagnahmt. Die Sendung kam aus dem Osten und war für das Saargebiet bestimmt. Des herrschenden Frostes wegen, bestand nach Ansicht von Sachverständigen die Gefahr, daß die Kartoffeln bevor sie ihren Bestimmungsort erreichten, völlig verdorben sein würden, weshalb sich das Landratsamt entschloß, sie für die Fuldaer Einwohner zu beschlagnahmen.

** **Zu den Oberammergauer Passionsspielen** sind bisher je 60 000 Amerikaner und Engländer angemeldet. Die Aufenthaltsbewilligung für jeden Passionsspielbesucher wird auf drei Tage ausgefertigt. Die Ausländer müssen Valutapreise bezahlen. Wie die „Münchener Zeitung" berichtet, werden wahnsinnige Preise für die Möglichkeit geboten, irgendein Geschäft aufmachen zu können. Den Gipfel des märchenhaften Angebots erreichte ein Amerikaner, der plötzlich eines Tages dort erschien, äußerst splendid auftrat, in der Wirtschaft alle freihielt und eines Tages beim Gemeindevorstand vorsprach, ob er nicht das Passionsspiel im Film aufnehmen könne. Um seiner Bitte den nötigen Druck zu verleihen, bot er 50 Millionen Mark. Doch die verantwortlichen Stellen blieben beim Nein, das sich auch nicht in ein Ja verwandelte, als der Amerikaner bis auf 70 Millionen Mark hinaufging.

** **Die verschwundene Lokomotive.** Auf dem Bahnhof Hoyerswerda im Bezirk Halle ist eine Personenzug-Lokomotive, die in der dortigen Werkstatt repariert werden sollte und auf einem toten Gleis stand, spurlos verschwunden.

** **Raubüberfall auf ein Berliner Postamt.** Drei maskierte und bewaffnete Räuber drangen gegen sieben Uhr abends in die Räume des Postamts in Berlin-Tempelhof ein, überfielen den diensttuenden Beamten und raubten gegen 3000 Mark bares Geld. Der Beamte wurde durch einen Schuß leicht verletzt. Die Räuber entkamen unerkannt mit ihrer Beute.

** **Der Tod in den Bergen.** Am Untersberg bei Reichenhall wurden Körperteile des seit 12. Juli vermißten 22jährigen Kaufmanns Gerhardt aus Charlottenburg an einer schwer zugänglichen Stelle von einem Jäger aufgefunden. Der Verunglückte ist 60 Meter hoch von einer Wand abgestürzt. Durch vorgefundenen Paß konnte seine Person festgestellt werden.

** **Explosion eines holländischen Unterseebootes.** Das im Hafen von Colombo liegende holländische Unterseeboot ist das Opfer einer Explosion geworden. Die Explosion erfolgte in der vorderen Batterie. Das Boot treibt auf dem Wasser. Von der Besatzung wurde ein Mann getötet, zwei schwer verwundet.

** **Schiffbruch.** Das Hamburger Segelschiff „Mars" ist im letzten Sturm gescheitert. Vorher waren der Kapitän und der Steuermann über Bord gespült worden. Die beiden zurückbleibenden Matrosen wurden von schwedischen Schiffern in halb erfrorenem Zustande aufgefunden. Das Schiff ist vollständig verloren. — Der französische Kohlendampfer „Dumesnil" hat auf der Fahrt von Cardiff Schiffbruch erlitten. Die gesamte Besatzung von 29 Mann wird vermißt.

** **Mord und Selbstmord.** In Berlin erschoß der 31 Jahre alte Arbeiter Franz Willmann seine Geliebte, mit der er zusammen wohnte, und dann sich selbst. Beide waren verheiratet, lebten jedoch von ihren Ehegatten getrennt.

** **Ein Opfer des Streiks.** Während des Streiks der Berliner Gastwirts-Angestellten bediente sich ein Hotelgast, der in einem Hotel in der Nähe des Potsdamer Platzes wohnte, wie alle übrigen Hotelgäste, sich selbst in seinem Zimmer. So kam es, daß sich niemand um ihn kümmerte. Als nach Beendigung des Streiks sein Zimmer aufgeräumt werden sollte, fand man ihn tot vor. Ein Arzt konnte nur feststellen, daß der Tod wahrscheinlich schon am 1. November eingetreten ist. Der Gast war am 27. Oktober zugezogen, scheint plötzlich erkrankt zu sein und ist dann hilflos gestorben.

Kleine Nachrichten.

* Der Schriftsteller Prof. Marx Moeller ist nach längerem Leiden im 52. Lebensjahre gestorben.

* In einer Berliner Silberschmelze wurden von der Polizei drei Zentner deutsches Silbergeld beschlagnahmt.

* Im Fernsprechverkehr ist die Zahl der Störungen zurückgegangen. Im Auslandsverkehr fehlen noch Paris, Budapest, Antwerpen, Brüssel und Kristiania.

* Zur Verhütung des Aufkaufs der Fische durch das Ausland hat die Reichsregierung ein Ausfuhrverbot für Fische erlassen.

* In Thunum (Hannover) vollendete die Witwe Eden ihr 100. Lebensjahr. In Greesiel starb, 100 Jahre alt, der frühere Kapitän Albers.

Gerichtssaal.

** **Kommunistische Posträuber.** Vor dem Schwurgericht in Braunschweig hatten sich der Gärtner Franz Junge aus Bernburg, der Dreher Ludwig Busch aus Berlin und der Kraftwagenführer Ludwig Braune aus Diesdorf bei Wanzleben wegen eines in Gemeinschaft mit den noch nicht gefaßten Herrmann Koch und Wilhelm Schulze am 9. November v. J. verübten räuberischen Ueberfalls auf das Postamt Vorwohle im Kreise Holzminden zu verantworten. Die Räuber hatten dabei die Postkasse mit 17 000 Mark geraubt. Die Geschworenen billigten den Angeklagten mildernde Umstände zu, worauf sie zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurden. Die Angeklagten hatten den Raubüberfall unternommen, um angeblich eine „revolutionäre Tat" zu vollbringen. Die bei Vorwohle und sonstigen Räubereien von ihnen und anderen Kommunisten erbeuteten großen Geldbeträge sollten in erster Linie zu revolutionären Zwecken im Sinne der kommunistischen Organisationen verwendet werden.

Volkswirtschaft.

** **Der Dampferdienst Hamburg — Neuyork.** Mit der Einstellung der „Württemberg", eines Schwesterschiffes der „Bayern", in den Nordamerikadienst sind die in dem Vertrage zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Harriman-Konzern vereinbarten Grundsätze nunmehr auch deutscherseits erfüllt. Nach diesem Abkommen sollen 50 Proz. amerikanische Schiffe und 50 Proz. deutsche Schiffe auf den atlantischen Linien verkehren. Bisher wurde der deutschen Schiffen vorbehaltene Dienst durch die amerikanischen Schiffe mitbetrieben.